

Protokoll

27. öffentliche Kreistagssitzung

vom 04.05.2026, 29456 Hitzacker (Elbe), Verdo, Dr.-Helmut-Meyer-Weg 1

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
1. Genehmigung der Protokolle des Kreistages
- 1.1. Genehmigung des Protokolls der 24. Kreistagssitzung vom 15.12.2025
- 1.2. Genehmigung des Protokolls der 25. Kreistagssitzung vom 28.01.2026
2. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten des Landkreises Lüchow-Dannenberg und Beschlüsse des Kreisausschusses
3. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Antrag auf Förderung 2026 Checkpoint Queer 2026/778
5. Satzung Unterkunft für Geflüchtete 2026/786
6. Mobilitäts-Fonds: Entwurf Richtlinie 2026/774
7. Förderung Integrierte Quartierskonzepte Schulcampus Lüchow und Schulcampus Clenze (KfW432) 2026/783
8. Eilantrag der Gruppe SPD, Grüne, SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 10.04.2026: Ausfall EriXX Strecke Lüneburg-Dannenberg 2026/785
9. Antrag des KTA Herzog und KTA Klepper (SOLI) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 23.04.2025: Dioxin- und PCB-Belastung an der Elbe 2025/388
- 9.1. Änderungsantrag des FD 39 zu Beschluss des Kreisausschusses vom 08.12.2025 2026/784
10. Beschluss der Naturschutzgebietsverordnung „Die Lucie“ 2026/770
11. Hoheitliche Sicherung des FFH-Nachmeldegebietes „Panieniederung bei Simander“ (FFH-Gebiet 178) als Naturschutzgebiet 2026/772
12. EU-konforme Überarbeitung der Naturschutzgebietsverordnungen „Planken und Schletauer Post“, „Gain“ und „Luckauer Holz“ im Landkreis Lüchow-Dannenberg 2026/773
13. Annahme einer Sachspende der Firma ROSSMANN GmbH im Wert von 113.609,79 € für die Bernhard-Varenius-Schule in Hitzacker 2026/731
14. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 14.1. Informationen zum Digitalpakt 2.0 2026/734
- 14.2. Anfrage von KTA Bade, KTA Beckmann, KTA Haase-Mühlner, KTA Hillmer, KTA Liebhaber, KTA Peters, KTA Schwidder im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 08.04.2026: Einbürgerung von ukrainischen StaatsbürgerInnen 2026/779
- 14.3. Anfrage der CDU-Fraktion vom 30.04.2026: Digitale Ratsarbeit 2026/791
- 14.4. Anfrage des KTA Herzog vom 27.04.2026: Breitband-Projekt "Weiße Flecken II" 2026/798

Nicht öffentlicher Teil

15. Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung
16. Personalangelegenheiten
17. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

KTA Allgayer-Reetze, Patricia

KTA Bade, Heike

KTA Beckmann, Uwe

KTA Behning, Kurt

KTA Carmienke, Christian

KTA Donat, Martin

KTA Dorendorf, Uwe

KTA Drossel, Fabian

KTA Fathmann, Bernard

KTA Flöter, Anja

KTA Fricke, Christine

KTA Gallei, Matthias

KTA Goebel, Dietmar

KTA Gottberg, Wilhelm von

KTA Haase-Mühlner, Alexander

anwesend bis 16:03 Uhr

anwesend ab 14:39 Uhr

KTA Hensel, Thorsten
KTA Herzog, Kurt
KTA Heuer, Johannes
KTA Hillmer, Birgitta
KTA Himmel, Hanno
KTA Kaufmann, Horst
KTA Klepper, Hermann-Dieter
KTA Korth, Friedhelm Dietmar
KTA Kretschmer, Sabine
KTA Liebhaber, Manfred
KTA Mertins, Holger
KTA Peters, Kerstin
KTA Petersen, Andreas
KTA Petersen, Torsten
KTA Römer, Sabine
Landrätin Schulz, Dagmar
KTA Schulz, Torsten
KTA Schwidder, Norbert
KTA Siebolds, Reinhard
KTA Siemke, Jörg Heinrich
KTA Sperling, Udo
KTA Tietke, Eckhard
KTA Wiegrefe, Wolfgang
KTA Wiehler, Julie
Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel
Kreisbaudirektorin Stellmann, Maria
Heuer, Marten
Talg, Pamela

anwesend ab 14:36 Uhr

anwesend ab 14:32 Uhr

Es fehlen:

KTA Behrens, Marcel
KTA Hennings, Matthias

entschuldigt
entschuldigt

Beginn: 14:30 Uhr

Ende: 17:12 Uhr

Öffentlicher Teil

. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Vorsitzender KTA Kaufmann führt eine Schweigeminute für die verstorbenen ehemaligen KTA Herbert Waltke und Herbert Höbermann durch.

Vorsitzender KTA Kaufmann eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er teilt mit, dass TOP 4 (Antrag Förderung Checkpoint Queer), TOP 5 (Satzung Unterkunft geflüchtete) sowie TOP 14.3 (Anfrage der CDU-Fraktion: Digitale Ratsarbeit) zurückgestellt werden müssen. Desweiteren müssen Teile der Diskussion zu TOP 8 (Ausfall EriXX) in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung verschoben werden, da Angebotssummen vorliegen.

1. Genehmigung der Protokolle des Kreistages

1.1. Genehmigung des Protokolls der 24. Kreistagssitzung vom 15.12.2025

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 2 Befangen: 0

1.2. Genehmigung des Protokolls der 25. Kreistagssitzung vom 28.01.2026

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 2 Befangen: 0

2. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten des Landkreises Lüchow-Dannenberg und Beschlüsse des Kreisausschusses

Landrätin Schulz berichtet über die Kreisausschüsse am 9. März und 27. April. Am 9. März sei die unbefristeten Einstellung einer Volljuristin für das Justitiariat sowie die Weiterbeschäftigung einer Zahnärztin beschlossen worden. Am 27. April sei zunächst die Dienstreise eines Mitglieds des Seniorenbeirates genehmigt worden. Anschließend sei eine Petition zur Errichtung eines Zauns auf dem Schulhof der Jeetzel-Oberschule behandelt worden. Das Gebäudemanagement sei beauftragt worden, einen Sicherheitszaun mit einer verschließbaren Pforte im hinteren Bereich des Schulhofes zu errichten. Die Ausschreibung der Mittagsverpflegung an der Jeetzel-Oberschule sei beschlossen worden, wobei das Angebot des Eventgasthofs Kunitz für die warme Mittagsverpflegung für das Schuljahr 2026/2027 für die Jeetzel-Oberschule und die Schule in Clenze vergeben worden sei. Die LSE sei beauftragt worden, die erforderliche Ladeinfrastruktur für den Betrieb der Elektrobusse auf geeigneten Flächen, unter anderem in Lüchow, Dannenberg und Hitzacker, zu errichten. Die dafür notwendigen Investitionen könnten von der Gesellschafterversammlung der LSE genehmigt werden. Zudem sei die LSE beauftragt worden, 16 neue Fahrscheindrucker mit Kartenzahlen für die Linienbusse in Höhe von 96.000 Euro zu beschaffen. Der Kreisausschuss habe zudem dem Angebot der Firma MAN Truck & Bus Deutschland GmbH für die Beschaffung eines Lkws für den Straßenbetriebsdienst in Höhe von 332.301,50 Euro zugestimmt. Weitere Themen seien eine Rechtsangelegenheit in einem Klageverfahren zur Stromausschreibung, die Spendenannahme zweier Photovoltaikanlagen sowie die Beförderung einer Beamtin gewesen.

Kenntnis genommen

3. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Christian Steinkopf fragt nach der Rücktrittshaftung für die Dioxidenbelastung im Elbtal, da der Bund als Nachfolger der DDR verantwortlich sei. Er kritisiert, dass Bauern durch Schilder und Anträge finanziell belastet würden, obwohl der Bund die Ursachen der Belastung trage. Er fordert, den Bund anzuhalten, die Kosten abzubügeln, und betont, dass das Verursacherprinzip nicht auf den Kleinen abgewälzt werden dürfe.

Landrätin Schulz erklärt, dass die Zuständigkeit für die Vorgänge unklar sei und man die Angelegenheit prüfen müsse. Sie bittet Herrn Steinkopf, weitere Informationen an das Landratsbüro zu senden, um schriftlich zu antworten.

Reinhardt Teck fragt, warum so wenige Einwohner aus Hitzacker und Umgebung anwesend seien, und kritisiert, dass ein Waldstreifen im Parkhotelbereich möglicherweise gerodet werde. Er fordert, den Wald zu schützen, und mahnt zur Zivilcourage.

Vorsitzender Kaufmann erwidert, dass die erste Frage nicht beantwortet werden müsse, da sie eine persönliche Entscheidung betreffe.

Wolfgang Hengel stellt Fragen zu einem illegal errichteten Wildschutzzaun und einem Agroforstprojekt der Universität Hamburg, das von der Staatsanwaltschaft in ein Verfahren einbezogen wurde. Er fragt, warum sein Name an die Staatsanwaltschaft gelangt sei, ohne ihn zu befragen, und fordert detaillierte Antworten auf seine E-Mails.

Landrätin Schulz erklärt, dass aus laufenden Verfahren grundsätzlich nicht öffentlich berichtet werde. Herr Hengel würde aber eine Antwort bekommen.

Thomas Klipp kritisiert, dass Kreistagsprotokolle zu langsam veröffentlicht würden, was die Bürgerinformation erschwere. Er erwähnt einen selbst erstellten Podcast mit KI-generierten Inhalten.

Landrätin Schulz begründet die Verzögerung mit einem Übergang in der Sitzungsdienstorganisation und der Einarbeitung einer neuen Mitarbeiterin.

Eine Einwohnerin fragt nach dem Plan-B für die Immobilie Neu Tramm.

Landrätin Schulz erklärt, dass Neu Tramm aktuell belegt sei und zukünftig als Bebauungsplan für Wohnen und Arbeiten entwickelt werde.

Lisa Weber sorgt sich um die Errichtung von Windparks in Küsten und Madau und fordert Alternativen wie Photovoltaik. Sie fragt, ob die Verordnung zur öffentlichen Sicherheit bis 2028 verlängert wird und ob ein Bürgerrat möglich sei.

Landrätin Schulz betont, dass der Landkreis zur Energiewende beitragen müsse, aber Naturschutzgebiete berücksichtige. Sie erklärt, dass die Windenergie im Wald nur als letzte Option

geprüft werde und erwähnt, dass die Verordnung evaluiert und ggf. verlängert werde. Sie begrüßt Bürgerbeteiligung und einen Bügerrat.

Vorsitzender KTA Kaufmann schließt die Fragestunde.

4. Antrag auf Förderung 2026 Checkpoint Queer	2026/778
--	----------

zurückgestellt

5. Satzung Unterkunft für Geflüchtete	2026/786
--	----------

zurückgestellt

6. Mobilitäts-Fonds: Entwurf Richtlinie	2026/774
--	----------

KTA Klepper betont, dass der Mobilfonds eine positive Entwicklung darstelle, an der er seit Jahren als Mitglied des Bürgermobilbergs beteiligt sei. Er hebt hervor, dass die ehrenamtlichen Fahrer eigenverantwortlich handelten und ältere Menschen, die mit dem Projekt in Kontakt kämen, sich dankbar und froh zeigten. Er begrüßt den ökologischen Aspekt sowie die in der Vorlage genannte Förderung ehrenamtlichen Engagements durch Helferteste und Dankeveranstaltungen, was er als besondere Anerkennung der Initiative bezeichnet.

KTA Wiehler erläutert, dass die Richtlinie auf einem Vorschlag des Klima- und Mobilitätsausschusses basiere, der den Ausbau von on-demand-Diensten verworfen und stattdessen einen Mobilitätsfonds vorgeschlagen habe. Die Verwaltung habe eine bereits existierende Richtlinie angepasst, die kurz, praktikabel und förderungsfähig für bestehende Mobilitätsinitiativen sei. Sie betont, dass der Fonds ländliche Räume mit abgelegenen Dörfern unterstütze, insbesondere im Alter, und dass die Empfehlung im Ausschuss einstimmig gewesen sei.

KTA Hensel unterstreicht, dass die 50.000 Euro des Mobilitätsfonds nicht aus neuen Mitteln stammten, sondern aus dem On-Demand-Bereich umgewandelt wurden. Er betont die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements für die Mobilität älterer und kranker Menschen sowie die Vereinfachung des Antragsgesuchs. Er dankt allen Beteiligten und bittet um Unterstützung des Beschlussvorschlags.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 39 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

Der Kreistag beschließt die vorgelegte Richtlinie und den dazugehörigen Antragsentwurf für den Mobilitäts-Fonds.

7. Förderung Integrierte Quartierskonzepte Schulcampus Lüchow und Schulcampus Clenze (KfW432)	2026/783
--	----------

Landrätin Schulz erläutert, dass es um integrierte Quartierskonzepte im Rahmen des Förderprogramms "Energetische Stadtsanierung" gehe, die Klimaschutzkonzepte für Schulquartiere umfassen. Sie verweist auf den Schulzentrum Dannenberg als Beispiel und betont, dass in Lüchow und Clenze Schuldienste und energetische Sanierungspotenziale analysiert werden sollen.

KTA Haase-Mühlner kritisiert, dass ein seit drei Jahren gestellter Antrag der Schüler zur Entsiegelung des ehemaligen Schulhofs am Gymnasium Lüchow nicht bearbeitet worden sei. Er betont, dass beschlossene Maßnahmen nicht umgesetzt würden, was junge Menschen von der Demokratie abbringe.

Landrätin Schulz erklärt, dass Gründe für die Verzögerung bestünden, etwa Abstandsregeln, und gibt an, die Angelegenheit erneut zu prüfen.

mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 3 Enthaltung: 0 Befangen: 0

Der Kreistag beauftragt das Klimaschutzmanagement, zwei Förderanträge für die Erstellung integrierter Quartierskonzepte und die Einrichtung eines Sanierungsmanagements für die energetische Sanierung des Schulcampus Lüchow sowie des Schulcampus Clenze bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau über das Förderprogramm „Energetische Stadtsanierung“ (KfW432) zu stellen. Im Falle einer Förderzusage soll der Projektbeginn so früh wie möglich noch in diesem Jahr erfolgen. Die Besetzung einer VZÄ für das Sanierungsmanagement ab Q4/2026 soll übergangsweise über eine Springerstelle abgedeckt werden. Der Gesamtfinanzierungsplan für die Projekte wird in die Haushaltsplanung ab 2027 aufgenommen.

KTA Wiehler erklärt, dass der Ausfall der EriXX-Strecke den nachhaltigen Verkehr im Landkreis stark beeinträchtigt. Sie begrüßt die Initiative der Verwaltung, Vorschläge für Ersatzlösungen zu erarbeiten, und betont die Notwendigkeit, die Lösungen breit bekannt zu machen. Zudem sei eine Finanzierung aus dem Haushalt möglich.

Landrätin Schulz teilt mit, dass Pressemitteilungen und Social-Media-Benachrichtigungen zur Thematik erstellt würden, um die Öffentlichkeit zu informieren.

KTA von Gottberg kritisiert, dass der Antrag keine Kostenträgerschaft regle, was eine Übernahme durch den Landkreis impliziere. Er verweist auf die parallele Situation auf der Strecke Uelzen-Schneger und betont, dass Touristen selbst Lösungen finden müssten.

KTA Carmienke begründet seine Zustimmung zum Antrag mit der Bedeutung der KLP für den Tourismus und dem damit verbundenen Fahrradtourismus. Er fragt, ob die Verwaltung den DB Navigator für die Verbreitung der Informationen genutzt habe, und weist auf die Notwendigkeit einer Einnahmeverwertung hin. Er persönlich sei für die Umsetzung.

KTA Hensel betont die historische Bedeutung der Zugverbindung und kritisiert die Bahnpolitik der letzten 30 Jahre. Er hält den Fahrradbus für unverzichtbar, da die Busse 14 Fahrräder pro Fahrt transportieren könnten, während die Züge bis zu 100 Räder in Hauptzeiten beförderten. Er warnt vor wirtschaftlichen Schäden durch die Abriegelung des Landkreises und fordert eine gemeinsame Entscheidung aller Fraktionen.

KTA Donat betont die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der KLP sowie die Notwendigkeit von Ersatzlösungen für Pendler. Er verweist auf die zusätzlichen Kosten durch die Sperrung der Bahnstrecken und betont die Notwendigkeit, den wirtschaftlichen Schaden zu verhindern.

Vorsitzender KTA Kaufmann schließt den Tagesordnungspunkt und kündigt eine die weitere Diskussion in der nichtöffentlichen Sitzung an.

KTA Herzog betont, dass die Dioxin- und PCB-Belastung der Elbtal-Erdonne ein gesamtgesellschaftliches Problem sei, das nicht ignoriert werden dürfe. Er kritisiert, dass die Kreisverwaltung den Antrag seiner Fraktion, der seit einem Jahr diskutiert werde, zögerlich und irreführend behandelt habe. Die Abschaffung des seit 2010 nicht mehr stattfindenden wissenschaftlichen Monitoring-Programms sei problematisch, da stattdessen ein anlassbezogenes Beprobungssystem etabliert worden sei, bei dem Landwirte eigenverantwortlich Proben entnehmen müssten. Er betont, dass Landwirte bei positiven Befunden 1.400 Euro pro Probe zahlen müssten, obwohl sie nicht Verursacher seien. Er verweist auf die Erkenntnis des ELBEC-Vertreter Dr. Hammerschmidt, wonach Kinder in Uferbereichen des Biosphärenreservats besondere Risiken trügen, und kritisiert die fehlende wissenschaftliche Begleitung. Die Kreisverwaltung habe zudem einen eigenen Antrag gestellt, um die Beprobung rückgängig zu machen, was er als unangemessen bezeichnet. Er fordert, die Landwirte als Hauptbetroffene zu unterstützen, da sie Einkommensverluste durch Belastungen tragen müssten, die der Gesellschaft zuzurechnen seien. Er kündigt an, im nächsten Fachausschuss weitere Maßnahmen zu besprechen, darunter die Klärung von Sediment-Monitoring-Möglichkeiten und die Überprüfung von Flächentauschpraktiken.

geändert einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 38 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

Die Untere Wasserbehörde des Landkreises wird beauftragt einmal jährlich alle Messergebnisse im Hinblick auf PCB und Dioxin von LAVES, LBEG und der LWK an die Ausschussmitglieder zu übermitteln.

Das Veterinäramt des Landkreises soll ab sofort risikoorientiert bis zu 15 ihm durch unterschiedliche Messprogramme des LAVES kostenfrei zur Verfügung stehenden Monitoringproben von Lebensmitteln von Betrieben im Elbvorland in Anspruch nehmen und die Ergebnisse im Fachausschuss vorstellen. Darüber hinaus soll das ArL angeschrieben werden, um zu erklären, was aus den seinerzeitigen Höchstwertüberschreitungen in Futtermitteln auf dem Versuchsfeld binnendeichs geworden ist und ob bei Flächentausch die zu tauschende Binnendeichsfläche beprobt wird.

Die Untere Wasserbehörde wird beauftragt beim NMU schriftlich zu erfragen, welche Möglichkeiten für regelmäßige Sedimentbeprobungen im Elbvorland bestehen. Je nach Ergebnis sollten ggf. entsprechende Warnhinweisschilder insbesondere an den touristisch stark frequentierten Elbabschnitten (z. B. Hitzacker) zu der Thematik aufgestellt werden.

9.1. Änderungsantrag des FD 39 zu Beschluss des Kreisausschusses vom 08.12.2025	2026/784
--	----------

Erledigt aufgrund von Beschlusslage TOP 9

10. Beschluss der Naturschutzgebietsverordnung „Die Lucie“	2026/770
---	----------

KBDin Stellmann erläutert, dass es sich um ein Schutzgebietsverfahren handle, das eine Altnaturschutzgebietsverordnung von 1951 an aktuelle Belange der FFH- und Vogelschutzgebiets-thematik anpasse. Das Verfahren habe das normale Vorgehen mit vorgezogener Beteiligung und den entsprechenden Schritten durchlaufen. In der Vorlage sei eine Synopse mit Argumenten und Widerlegungen enthalten, die die Naturschutzbehörde erarbeitet habe.

KTA Herzog fragt, wie bei doppelter Bezuschussung für biologische Landwirte in dem Gebiet verfahren werde, ob die neue Verordnung oder die alte Regelung gelte und ob eine Auswahl möglich sei.

KBDin Stellmann erklärt, dass eine konkrete Antwort möglich sei, wenn sie den Einzelfall prüfen könne.

KTA Heuer betont, dass die Förderung aus der Verordnung keine Kosten für den Landkreis erzeuge, da der Landkreis nicht zahle. Das Gebiet bestehe zu 100 Prozent aus Landesforsteigentum und sei fast ausschließlich Wald, weshalb nur am Rand Einzelfälle betroffen seien. Er vermutet, dass die Frage auf das Landschaftsschutzgebiet Lucie mit einem größeren Bereich und Offenlandtreppen abzielt. Er erläutert, dass der Erschwernisausgleich, der Erschwernisse aus der Verordnung kompensiere, vom Land und nicht vom Landkreis finanziert werde.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 38 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1 Befangen: 0

Der Kreistag beschließt die Naturschutzgebietsverordnung „Die Lucie“ in aktualisierter Fassung. Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Naturschutzgebietsverordnung „Die Lucie“ vom 28.06.1951 außer Kraft.

11. Hoheitliche Sicherung des FFH-Nachmeldegebietes „Panieniederung bei Simander“ (FFH-Gebiet 178) als Naturschutzgebiet	2026/772
---	----------

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 39 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

Die Naturschutzbehörde wird beauftragt, das Flora-Fauna-Habitat-Gebiet „Panieniederung bei Simander“ (FFH-Gebiet 178) als Naturschutzgebiet hoheitlich zu sichern.

12. EU-konforme Überarbeitung der Naturschutzgebietsverordnungen „Planken und Schletauer Post“, „Gain“ und „Luckauer Holz“ im Landkreis Lüchow-Dannenberg	2026/773
--	----------

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 39 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

Die Naturschutzbehörde wird beauftragt, die Naturschutzgebietsverordnungen „Planken und Schletauer Post“, „Gain“ und „Luckauer Holz“ mit dem Ziel der EU-konformen Schutzgebietssicherung zu überarbeiten.

13. Annahme einer Sachspende der Firma ROSSMANN GmbH im Wert von 113.609,79 € für die Bernhard-Varenius-Schule in Hitzacker	2026/731
--	----------

KTA Allgayer-Reetze erklärt, dass sie die Anzahl der Leuchten und Melder aus dem Protokoll des KA entnommen wurde, aber nicht, wie hoch die Gesamtkosten seien, da 60 bis 80 Prozent der Kosten unklar seien. Sie weist darauf hin, dass die Spende die Betroffenen direkt betreffe, und fragt nach der konkreten Summe, da es um die „verbundenen Begleitmaßnahmen“ gehe.

Herr EKR Schermuly erklärt, dass er bei Umsetzung der Maßnahmen die tatsächlichen Gesamtkosten seitens des Landkreises nennen könne.

KTA Allgayer-Reetze fragt, ob bis 2027 zusätzliche Kosten entstehen könnten.

Herr EKR Schermuly antwortet, dass keine weiteren Kosten zu erwarten seien, und nennt die eingeplanten 60.000 Euro. Diese Summe umfasse die finanziellen Auswirkungen der Maßnahme, die das Gebäudemanagement im Haushalt vorsehe.

mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 2 Enthaltung: 1 Befangen: 0

Die Spende der Firma ROSSMANN GmbH in Form von ca. 261 Leuchten und ca. 61 Meldern mit einem Wert von 113.609,79 EUR wird angenommen.

14. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

14.1. Informationen zum Digitalpakt 2.0

2026/734

Herr EKR Schermuly erläutert, dass der Digitalpakt 1.5 vor zwei Jahren Schulen mit digitalen Endgeräten ausgestattet und Infrastrukturmaßnahmen wie Glasfaserleitungen und Stromversorgung durchgeführt habe. Der aktuelle Digitalpakt 2.0 sei ausschließlich auf die Bereitstellung von Endgeräten wie digitale Tafeln oder iPads ausgerichtet, da bauliche Maßnahmen bereits abgeschlossen seien.

KTA Römer weist auf eine Abkehr von der Digitalisierung hin, verweist auf Berichte der Frankfurter Rundschau und Welt, sowie auf Aussagen des Bildungsforschers Klaus Zierer. Zierer kritisiere die bisherige Digitalisierung als schadhaft und fordere ein Aussetzen des Digitalpakts, um Forschungsergebnisse in die Planung einzubeziehen.

KTA Schwidder betont, dass die Digitalisierung in Grundschulen kontrovers diskutiert werde, insbesondere im jüngeren Schulalter. Er plädiere für eine differenzierte Nutzung digitaler Medien, auch in höheren Klassen, jedoch nicht in absoluter Form. Gleichzeitig sei eine optimale technische Ausstattung mit Breitband, einheitlichen Systemen und pädagogischen Konzepten erforderlich.

Landrätin Schulz unterstreicht, dass die Landesregierung für die Bildungspolitik und pädagogischen Konzepte verantwortlich sei. Als Schulträger sei der Landkreis ausschließlich für die technische Ausstattung zuständig, Sie betont, dass Schulen eigenverantwortlich pädagogische Entscheidungen treffen.

KTA Wiehler argumentiert, dass auch bei fehlender Zuständigkeit für pädagogische Konzepte die Ausstattung der Schulen verantwortlich gestaltet werden müsse. Sie fordert eine Evaluation des Digitalpakt-Konzepts, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen auf Lehrkräfte, die in einigen Fällen nicht mehr analog unterrichten dürften.

Landrätin Schulz erweist auf ein Forschungsprojekt mit der Leuphana-Universität zum Thema Ambiguitätstoleranz, außerschulische Lernorte und Altersbezug. Dieses Projekt sei von der Landesregierung genehmigt und koste den Landkreis keine zusätzlichen Mittel.

Kenntnis genommen

14.2. Anfrage von KTA Bade, KTA Beckmann, KTA Haase-Mühlner, KTA Hillmer, KTA Liebhaber, KTA Peters, KTA Schwidder im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 08.04.2026: Einbürgerung von ukrainischen StaatsbürgerInnen

2026/779

Herr EKR Schermuly weist darauf hin, dass die Anfrage der Verwaltung bereits vorliege und formaljuristisch ausgearbeitet sei. Er betont, dass in den Diskussionen der Frage zu entnehmen sei, wie mit der klaren juristischen Vorlage umzugehen sei und ob Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit der Einbürgerung erhalten könnten. Er unterstreicht, dass Land und Bund in die Zuständigkeit für die Fünf-Jahres-Frist einbezogen werden müssten, da diese nicht nur den Landkreis, sondern ganz Deutschland betreffe. Zudem sei festzustellen, dass Land und Bund keine klaren Vorgaben für den Umgang mit nicht erfüllten formaljuristischen Voraussetzungen hätten.

KTA Carmienke fragt, ob der Verwaltung oder Wirtschaftsförderung bekannt sei, dass hochqualifizierte AbsolventInnen die Blue-Cart beantragen könnten. Er hebt hervor, dass die Anerkennung von Abschlüssen in Deutschland oft problematisch sei, jedoch das Verfahren nach Beantragung der Blue-Cart in ein bis zwei Wochen abgeschlossen werde. Danach bestehe für vier Jahre die Möglichkeit, nach weiteren vier Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, sofern sich die Rahmenbedingungen nicht änderten.

Kenntnis genommen

zurückgestellt

KTA Herzog betont, dass die Berechnungsgrundlage der Kreisverwaltung für die Kosten der Kurierfahrten fehlerhaft sei. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung einen Mittelwert über alle Gremien ermittelt habe und davon ausgegangen sei, dass sechs Personen pro Gremium per Kurier eingeladen würden. Dies sei falsch, da er nachweisen könne, dass er maximal 10 bis 15 Prozent der Dokumente per Kurier erhalte. Die Berechnung von 7.800 Euro sei daher unzulässig. Er vergleiche die Kosten für Papierarbeit mit der digitalen Auszahlung von 20 Euro pro Monat und stelle fest, dass die Papierarbeit Kosten spare. Er frage, warum innerhalb einer Woche die Argumente und die Berechnungsgrundlage der Verwaltung nicht vorgelegt worden seien, um die CDU-Anfrage zur digitalen Ratsarbeit behandeln zu können.

Landrätin Schulz bestätigt, dass die Berechnungen mit Mittelwerten nochmals aufgearbeitet würden. Sie erläutere, dass die Kurierfahrten notwendig seien, da die Post nicht mehr zuverlässig sei. Als Alternative schlage sie vor, erneut die Post zu nutzen und bei Verzögerungen auf den Kurier zurückzugreifen, um einen Kompromiss zu finden.

Vorsitzender KTA Kaufmann weise darauf hin, dass die Diskussion über die Berechnungsgrundlage nicht zum aktuellen Tagesordnungspunkt gehöre. Er kritisiere, dass die Frage zur digitalen Ratsarbeit nicht direkt gestellt, sondern durch umfassende Statements formuliert worden sei.

KTA Donat beantragt, die Kostenberechnung für die Unterlagen zu überprüfen, indem digitale Ausstattungskosten sowie Mandats- und Verwaltungskosten einbezogen werden. Er betont, dass eine gesamte Versendung der Unterlagen Kosten sparen und dass die Frist entfallen könnte, wenn digitale Informationen ausreichen, jedoch physische Dokumente für die Sitzung erforderlich seien. Zudem wird angemerkt, dass nicht für alle Ausschüsse Unterlagen benötigt würden.

Landrätin Schulz erklärt, dass alle Ratsmitglieder standardmäßig mit Dokumenten beliefert und diese zudem ins Ratsinformationssystem eingestellt würden. Sie betont, dass individuelle Wünsche, bestimmte Ausschussunterlagen nicht zu erhalten, berücksichtigt werden könnten, jedoch eine vorherige Absprache erforderlich sei. Zudem werde bei späteren Anträgen eine Nachversendung erfolgen.

14.4. Anfrage des KTA Herzog vom 27.04.2026: Breitband-Projekt "Weiße Flecken II"

2026/798

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Kenntnis genommen

Vorsitzender KTA Kaufmann schließt die Sitzung um 17:12 Uhr.

gez. Kaufmann

gez. D. Schulz

gez. Talg

Vorsitzender

Landrätin

Protokollführung